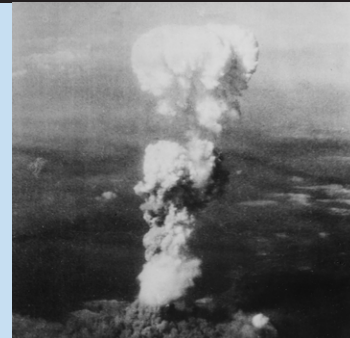


FreiRaum

Für eine Welt ohne Atom- und Uranwaffen
Für die friedliche Nutzung des Weltraums

Nr. 1 / Februar 2011
10. Jahrgang

Inhalt

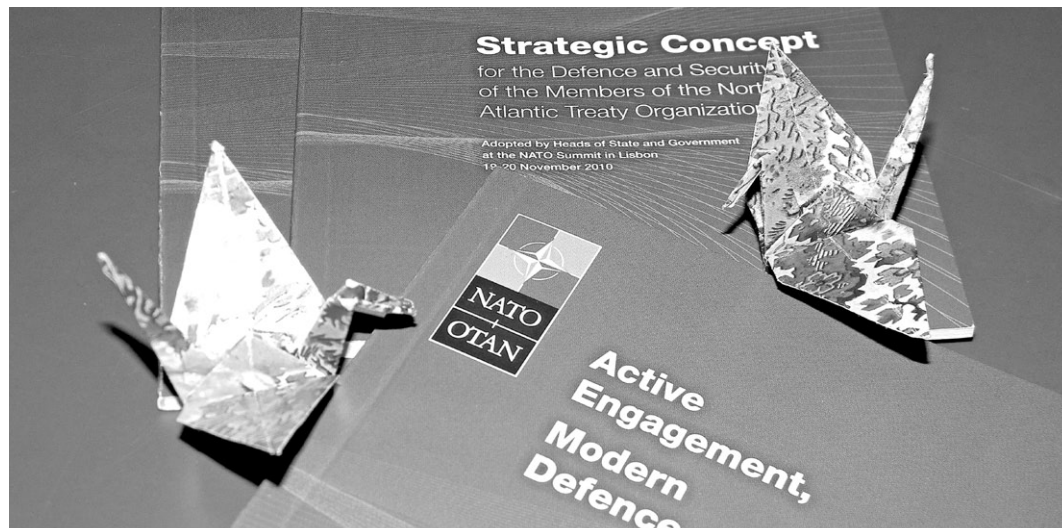


Das Grauen überlebt. Veranstaltung mit einem Hibakusha zur Nachahmung empfohlen.

Seite 2

Schulfrei für die Bundeswehr
Seite 3

Verurteilt und Freigesprochen – ein merkwürdiger Prozess am Amtsgericht Leonberg
Seite 4



Enthält das neue Strategische Konzept der NATO nur leere Worte über die nukleare Abrüstung

Atomwaffen: Was will die NATO?

Wer hätte das gedacht, die Friedensbewegung führt Gespräche im NATO-Hauptquartier. Anlass hierfür ist das neue strategische Konzept der NATO, in dem sie sich zu einer Welt ohne Atomwaffen bekennt, aber auch das Festhalten an der nuklearen Abschreckung bekräftigt. Susi Snyder von Pax Christi Niederlande hat mit allen Ländervertretungen dazu bereits Gespräche geführt. Sie schätzt das neue NATO-Konzept wie folgt ein:



Die Nato hat eine günstige Gelegenheit verpasst, ihre Politik der nuklearen Teilhabe zu revidieren. Das neue am 19. November veröffentlichte Konzept bekräftigte, dass die NATO eine nukleare Allianz bleibt, solange es Atomwaffen in der Welt gibt. Indem die NATO sich als nukleare Allianz bezeichnet, sendet sie ein Signal an „Möchtegern-Atomwaffenbesitzer“, dass Atomwaffen eine wünschenswerte Komponente für die jede Sicherheitsstrategie darstellen.

Sie übergeht die auf der Überprüfungskonferenz des nuklearen Nichtverbreitungsvertrages vereinbarten Resultate, „die Abhängigkeit von Nuklearwaffen in Sicherheitsstrategien zu verringern“, und sie verweigert die Unterstützung der Prager Vision von Präsident Obama für eine Welt frei von Atomwaffen. Wenn die NATO darauf besteht, ihre Atomwaffen so lange zu behalten wie Atomwaffen existieren – heißt das dann, sie werden die letzten sein, die sie abrüsten?

Die NATO, der Welt mächtigstes Militärbündnis, könnte eine viel bessere und bedeutendere Rolle im Werben für globale Sicherheit spielen, als mit diesem Konzept. Das kurze, knapp elfseitige Dokument ist vor allem ein Werkzeug für die Öffentlichkeitsarbeit, das den kleinsten gemeinsamen Nenner in ein leicht zu lesendes Format bringt. Es zielt darauf ab, die Menschen in den NATO-Staaten von der Bedeutung der Allianz im 21. Jahrhundert zu überzeugen. Und Nichtmitglieder zu überzeugen, dass die NATO eine freundliche, aber pflichtbewusste Allianz ist, eine fest zusammengeschweißte Gruppe.

Obwohl, oberflächlich betrachtet, der Text des neuen strategischen Konzepts den Ist-Zustand der bestehenden nuklearen Politik unterstützt, fehlt in ihm eine Entscheidung über die nukleare Teilhabe. Das Fehlen dieses Teils im Dokument zeigt, dass kein Konsens über die Änderung der nuklearen Teilhabepolitik erreicht wurde. Es kann aber ebenso interpretiert werden, dass es keinen Konsens für die nuklearen Teilhabe gibt.

NATO-Generalsekretär Anders Rasmussen erklärte auf einer Pressekonferenz, dass die Rolle der taktischen oder strategischen Atomwaffen in dem beschlossenen „Deterrence Review“ der konventionellen und nuklearen Streitmächte überprüft werde.

Solange Frankreich, Großbritannien und die USA in der NATO bleiben, wird sie eine atomar gestützte Allianz bleiben. Obwohl das neue strategische Konzept keinen Wechsel in der Atompolitik der NATO eindeutig ankündigt, wird die Debatte weitergehen.



Auf Achse mit dem Tandem für eine atomwaffenfreie Welt – Brigitte und Wolfgang besuchten alle Standorte der nuklearen Teilhabe

Seite 5 – 8

Ehrlich verhandeln statt sabotieren und morden – die verdeckte Gewalt gegen den Iran

Seite 9

Unser Ziel bleibt atomwaffenfrei
Seite 10

Wir trauern – Nachrufe auf Hermann Scheer und Heidi Schimpf
Seite 11

● Susi Snyder

Übersetzung Christa Schmaus

Liebe FriedensfreundInnen,
wo wie auch hinkommen, die Menschen haben den Wunsch nach einer friedlicheren Welt ohne Atomwaffen. Das konnte ich mit meiner Frau Brigitte auf unserer Tandemtour erfahren.

Präsident Obama hat es geschafft, dass der neue Start-Vertrag zum Jahresende ratifiziert wurde. Er musste dafür leider viele Zugeständnisse an die Atom- und Rüstungslobby machen. Wir sind noch weit entfernt von „Global Zero“. Doch müssen wir jetzt handeln, dass die Vision Wirklichkeit wird.

Sie lesen in diesem FreiRaum, was sich in den letzten Monaten in der Pressehütte getan hat. Sie erfahren auch was Brigitte und ich, alles auf unserer über 10.000 km langen Reise erlebt haben. Die Berichte sollen Ihnen Anregungen geben, selbst Veranstaltungen und Aktionen anzustoßen, denn wir dürfen nicht Ruhe geben, solange der Atomtod droht. Wir richten auch den Blick nach oben in den Weltraum. Raketenabwehr und Militärsatelliten bedrohen den Weltfrieden. Regina Hagen analysiert die deutschen Weltraumpläne.

Zwei Menschen, mit denen ich sehr verbunden war, sind in den letzten Monaten verstorben. Sie eint ihre Konsequenz in der Umsetzung ihrer Ideale, doch ihre Aktivitäten waren sehr unterschiedlich. Hermann Scheer kämpfte an vorderster Front für einen Wandel in der Energiewirtschaft; Heidi Schimpf wirkte als Übersetzerin eher im Hintergrund für die Verbreitung der Gewaltfreiheit. Erinnern wir uns an die beiden und nehmen ihr Engagement als Ansporn für unseres.

Das neue Jahr ist inzwischen einige Wochen alt, mancher unserer Vorschläge vielleicht schon wieder über Bord. Aber in dem Vorsatz, sich für eine friedliche Welt einzusetzen, wollen wir uns gegenseitig durch das ganze Jahr bestärken.

In diesem Sinne,
herzlichst



Wolfgang Schlupp-Hauck (wsh) ●

Veranstaltungen - Zur Nachahmung empfohlen!

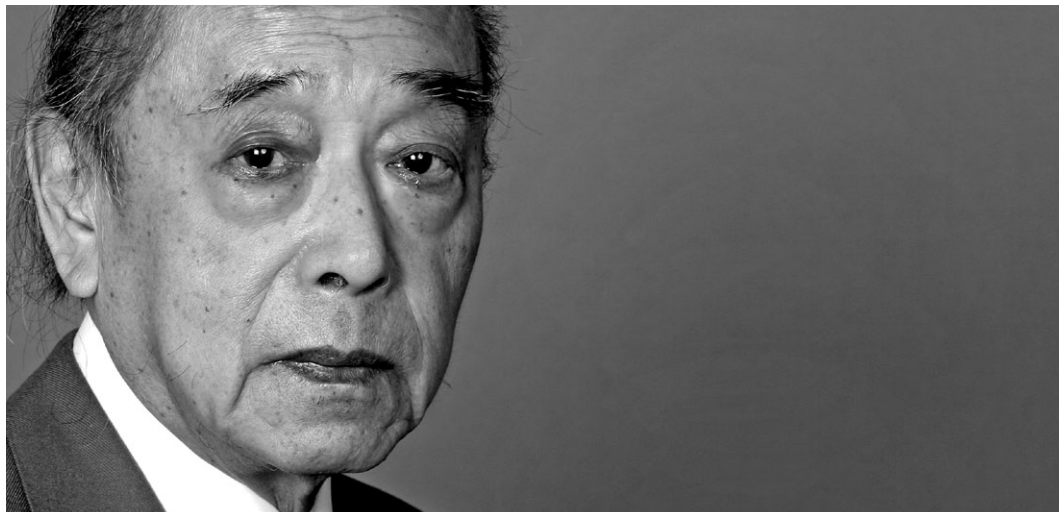


Foto: Sotobayashi

Professor Sotobayashi

Die Friedenswerkstatt hat im vergangenen Spätjahr zwei Vorträge veranstaltet: zu Afghanistan mit Clemens Ronnefeldt, Friedensreferent des Versöhnungsbundes, in Kooperation mit den Kirchen, zu Hiroshima mit Prof. Dr. Hideto Sotobayashi, Überlebender des Atombombenabwurfs auf Hiroshima, zusammen mit der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd. Durch die Kooperation konnten sehr viele Interessierte erreicht werden. Zusätzlich sprachen beide Referenten am Vormittag an Schulen vor jeweils mehreren hundert SchülerInnen. Wir empfehlen solche Kooperationen auch unseren LeserInnen!

Clemens Ronnefeldt sprach im Rahmen der Friedensdekade zum diesjährigen Thema „Es ist Krieg. Entrüstet euch!“ Da er mehrfach die Region des Nahen und Mittleren Ostens bereist hat, kann er fundiert über die Hintergründe berichten.

Durch den "Krieg gegen den Terror" hat die US-Regierung in Afghanistan, Pakistan und einigen angrenzenden Staaten nach 2001 zahlreiche Militärstützpunkte aufgebaut. Mit dieser Machtprojektion sollten die künftigen Konkurrenten China, Indien und Russland durch die Kontrolle der Erdgas- und Erdöl-Pipelines aus den Ländern am Persischen Golf eingedämmt werden.

"Die Vermeidung der Niederlage in diesem Krieg darf nicht der Grund für die NATO sein, weitere Opfer sowohl in der afghanischen Zivilbevölkerung als auch unter den eingesetzten NATO-Soldaten in Kauf zu nehmen", so Clemens Ronnefeldt. Der Referent stellte einen 10 Punkte-Friedensplan vor, der den Übergang der Aktionen auf Zivilmaßnahmen im Auftrag der UNO und auch einen Dialog mit gemäßigten Taliban vorsieht. Zum Abschluss berichtete er über verschiedene erfolgreiche und mutmachende Projekte internationaler Organisationen. So hat z.B. die „Kinderhilfe Afghanistan“ des ehemaligen Bundeswehroberstarstes Dr. Reinhard Erös in Kooperation mit der einheimischen Bevölkerung 35 Schulen in Afghanistan aufgebaut. Dr. Erös sehe im bewaffneten Schutz der zivilen Helfer die größte Gefahr, weil das Auftauchen von Besatzungstruppen wie Magneten für Taliban und andere Aufständische wirke.

Kontakt: C.Ronnefeldt@t-online.de

Prof. Sotobayashi hat den Atombombenabwurf als 16-jähriger Schüler überlebt. Er berichtet über das Grauen ohne Schuldzuweisungen und betont, dass dieser Bombenabwurf gegen die ganze Menschheit gerichtet war. Er verwendet seine ganze ihm verbleibende Kraft darauf, eine Wiederholung dieser Katastrophe zu verhindern. Durch ein Stipendium war er ans Max-Planck-Institut nach Deutschland gekommen. Nach einem Zwischenaufenthalt in Japan kehrte Herr Sotobayashi zurück nach Deutschland, habilitierte sich hier und lehrte dann an der TU Berlin. Er ist mit einer Deutschen verheiratet.

Dass die Opfer von den eigenen Leuten nicht als solche gesehen wurden, sondern als Ansteckende, die es zu ächten galt, war für die ZuhörerInnen schockierend. Daher rührt auch das jahrzehntelange Schweigen der meisten Überlebenden der Atombombenabwürfe. Doch zuletzt hielt er das Schweigen angesichts der politischen Lage bezüglich der Atomwaffen nicht mehr aus. Seit drei Jahren berichtet er über seine Erfahrungen in unzähligen Veranstaltungen, obwohl er dabei immer wieder die Bilder des Grauens hervorholen muss, die ihn auch heute noch oft in nächtlichen Träumen bedrängen.

Bei den Vorträgen herrschte jeweils eine unglaubliche Ruhe und Konzentration im Raum, auch die Jugendlichen hörten äußerst aufmerksam zu und hatten anschließend in ihren Klassenzimmern großen Gesprächsbedarf.

Prof. Sotobayashi lebt in Berlin. Er ist gerne bereit, zu Vorträgen zum Thema „Das Vermächtnis von Hiroshima“ zu kommen - junge Menschen sind ihm dabei besonders wichtig. Er bittet nur um Erstattung der Fahrtkosten und der Unterkunft.

Kontakt: soto@sotobayashi.de



Foto: AG Frieden



Foto: Michael Schulze von Glogger

Zusammen mit anderen FriedensaktivistInnen hat Silvia Bopp an dem Planspiel POL&IS teilgenommen um zu erfahren, wie die Bundeswehr in Schulen Öffentlichkeitsarbeit macht. Diese Erfahrung führte zu folgendem Fazit: Schule als staatliche Bildungseinrichtung darf keine Plattform militärischer Öffentlichkeitsarbeit sein, die getarnt als Bildungsmodul daherkommt und subtil junge Menschen für die scheinbare Notwendigkeit von Krieg und Waffenherstellung empfänglich macht.

POL&IS (Politik und Sicherheit) wurde in Regie des Politikwissenschaftlers Wolfgang Leidhold in den 80er Jahren entwickelt. 1989 erwarb die Bundeswehr alle Rechte und verantwortet auch die Weiterentwicklung des Spiels. POLIS basiert auf einem umfassenden Regelwerk. Die MitspielerInnen übernehmen Rollen, wie UN-Generalsekretär, Staatschefs, Minister, Weltpresse, Weltbank, NGO und ggf. auch Oppositionen der Staaten. Für globale Zusammenkünfte im Spiel werden politische Ziele definiert, die die SchülerInnen in Reden vertreten. Internationale Spannungen und Friedensverhandlungen können simuliert werden, Handelsverträge werden geschlossen, um nationale Ressourcen zu sichern. In der POLIS-Welt florieren Geschäfte mit Verkauf von Müll, Rohstoffen und Industriegütern. Auch um Beendigung der Umweltverschmutzung muss gerungen werden. Nach einem POLIS-Jahr treffen sich die Wirtschaftsminister am Weltmarkt. Die Staatsminister versammeln sich an der Staatsministerkarte, die mit Kärtchen für vorhandene Streitkräfte bis hin zu Atomwaffen und Karten für Diplomaten und Entwicklungshelfer ausgestattet ist. Hier wird über Stationierung der Militäreinheiten nachgedacht und auch Kriegseinsätze können von Schülerinnen initiiert werden. Karten für Guerillatruppen oder Piraten werden von den Jugendoffizieren eingesetzt, um Spannungen in Regionen zu kreieren. Was in der Realität aktuelles Feinbild der Bundeswehr ist, wird SchülerInnen im Spiel als unumstößliche Ursache für die Grenzen der Machbarkeit einer friedlichen Welt verkauft.

Dass jedoch der militärische Komplex selbst weltweit die bestehende Umweltverschmutzung mitverantwortet oder globale Armut sofort gestoppt werden könnte, wenn Rüstungsausgaben zu Gunsten der Armutsbekämpfung umgeschichtet würden, solche Thesen können bei POLIS nur ohnehin schon gut informierte SpielerInnen herausarbeiten.

Für kulturelle, spirituelle oder wissenschaftliche globale Begegnung fehlt bei POLIS jeglicher Raum. Demokratische Gestaltungsmittel werden durch Zeitmangel subtil entmachtet.



Foto: AG Frieden

Nach jedem gespielten POLIS-Jahr kommen die Jugendoffiziere zum gefährlichsten Teil ihrer Leitungsverantwortung. Sie zeigen Nachrichten, die aus den Spielaktionen der SchülerInnen resultieren. Aufstände, Katastrophen u.ä. werden skizziert. Die SchülerInnen erfahren hier die Konsequenzen ihres politischen Handelns, die Grundlage des nächsten POLIS-Jahrs werden. Jugendoffiziere in der Rolle der Schicksalsspinner, die die Welt neu formen? Alle Eingriffe der Jugendoffiziere in den Verlauf der POLIS-Welt sind willkürlich. Für Spielzüge der Spielleiter gibt es nämlich kein Regelwerk. Die Freiheit des Spielleiters bei POLIS ist die Improvisationsplattform der Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr für ihre Themen. Bestenfalls ist sie durch verantwortliches Handeln geprägt, schlimmstenfalls wird sie zum Manipulationsinstrument.

Für mich ist Pol&IS eine gefährliche subtil-militärische Pädagogik. Eltern, LehrerInnen, SchülerInnen, traut Euch und sagt Nein, wenn ein Einsatz der Soldaten vor dem Schultor steht.

● Silvia Bopp

Frieden statt Krieg lernen

Bei einem Treffen mit dem „Friedensgebiet Schorndorf“ lernte ich die Aktion „Den Krieg nicht mehr lernen“ kennen. Ein Aufruf, der Weisheit in sich trägt! Als das Kultusministerium Baden-Württemberg 2009 mit der Bundeswehr eine Kooperationsvereinbarung unterzeichnete, wurde sichtbar wie weit das Kultusministerium immer noch von solcher Weisheit entfernt ist.

Die auch in anderen Bundesländern geschlossenen Kooperationen vereinfachen den Zugang für Jugendoffiziere in Schulklassen ab Sekundarstufe II. Die Friedenswerkstatt unterstützt im Rahmen der AGDF die immer lauter werdende Forderung auf Kündigung der Kooperationsvereinbarungen.

Viele Friedensaktivisten stellen die Fragen: Warum sollen in Schulen gerade die Waffenträger Themen wie Politik und internationale Sicherheit vermitteln? Warum werden nicht PolitikwissenschaftlerInnen als ReferentInnen für solche Themen herangezogen, oder zivile Friedensfachkräfte?

Die Schule darf nicht erneut Plattform militärischer Öffentlichkeitsarbeit werden, die getarnt als Bildungsmodul daherkommt und subtil die jungen Menschen wieder empfänglich macht für die scheinbare Notwendigkeit von Krieg und Waffenherstellung, oder den Schick und die Coolness militärischer Uniformen mit Vorzeigekarrieren, ausgestattet mit allerhand technischer Raffinesse.

Erfolgreicher Antrag

Wir bleiben nicht allein mit unseren Forderungen. Am 17.11.2010 beschloss auf Antrag der Friedenswerkstatt der Kreisjugendring Ostalb, dass er vom Kultusministerium die Rücknahme der Vereinbarung fordern wird. Vereine und Verbände verlangen: Schulfrei für die Bundeswehr - Soldaten raus aus deutschen Klassenzimmern.

Silvia Bopp ●

Campusmuseum: Hochbegabte forschen über Pershing-Stationierung

Lange schon war die Friedenswerkstatt Mutlangen bemüht, für die Zeit der Stationierung der Pershing-Atomraketen ein Museum einzurichten. Die Stadt Schwäbisch Gmünd hatte dafür ein kleines Gebäude im Areal der ehemaligen Bismarckkaserne in Aussicht gestellt. Bisher scheiterte das Vorhaben am Zeit- und Kräftenmangel der Friedensbewegung. Jetzt wird es auf unerwartete Weise Wirklichkeit.

In Gebäuden der ehemaligen Kaserne ist seit einigen Jahren das Landesgymnasium für Hochbegabte untergebracht. Wir sind auf die Schulleitung mit diesem Anliegen zugegangen. An einem der wöchentlich stattfindenden Geschichtsabende konnte Wolfgang Schlupp-Hauck von seinen Erfahrungen berichten. Der Geschichtslehrer zeigte sich zunächst interessiert, dann schien alles wieder einzuschlafen. Jetzt aber ist Herr Weih mit einer Gruppe von 20 SchülerInnen zwischen 15 und 18 Jahren sehr intensiv daran, den Themenkomplex Stationierung der Pershing-II-Raketen in Mutlangen und Friedensbewegung der 80er Jahre zu erforschen. Dies geschieht im Rahmen der sogenannten Ad-dita, zusätzlicher schulischer Angebote. Zweimal schon war eine Gruppe einige Tage im Archiv Aktiv in Hamburg, um dort alte Akten zu studieren und zu kopieren. Sie haben mit dem ehemaligen Polizeidirektor gesprochen und frühere US-Soldaten, die jetzt hier leben, interviewt. Ein Gespräch mit Richter Offenloch ist geplant. Die Ausgewogenheit der Darstellung ist Herrn Weih wichtig, daher sollen möglichst Zeitzeugen aus den unterschiedlichsten Bereichen ihre Erfahrungen schildern.

Die Resonanz aus der Bevölkerung ist sehr groß. Für den Herbst dieses Jahres schon ist die Eröffnung geplant, die SchülerInnen übernehmen dann auch die Betreuung und Führungen. Vermutlich wird auch ein Buch zu dieser spannenden Zeit entstehen.

Lotte Rodi ●

Ist Gesinnung strafbar?



Foto: Pressehütte - Silvia Bopp

Besprechung der Angeklagten: Marion Küpker (links), die keine persönlichen Angaben zur Sache machte und Erwin Eisenhardt (Mitte), der ausführlich antwortete.

Im Amtsgericht Leonberg spricht eine Richterin Marion Küpker vom Vorwurf der Aufforderung zu Straftaten aus Mangel an Beweisen frei. Gleichzeitig verurteilt sie Erwin Eisenhardt zu 30 Tagessätzen à 15 Euro, weil dieser durch seine Verteidigung gezeigt habe, dass er sich mit den Aktionen identifiziere.

Der verhandelte Aufruf auf der Webseite bezog sich auf das Sommercamp 2009 in Büchel, in dem unter anderem auch Go-ins als mögliche Aktionen angekündigt worden waren. Erwin Eisenhardt hatte im Prozess angegeben, dass er den Aufruf mit vielen anderen Inhalten der GAAA zwar ins Netz gestellt hatte, jedoch ohne ihn im Detail zu lesen, weil er sich sonst nur geärgert hätte, dass er aus persönlichen Gründen nicht an den Aktionen hätte teilnehmen können.

Was im Gerichtssaal für Schmunzeln bis hin zum Staatsanwalt sorgte, veranlasste die Richterin de Facto später zu einem Urteil, das im Zuschauerraum bei einigen der etwa 20 Anwesenden für Fassungslosigkeit sorgte, weil als Begründung für die Verurteilung Eisenhardts seine Gesinnung als entscheidendes Kriterium herangezogen wurde: „Sie sagen auch ‚ja, ich kann mich damit identifizieren‘. Wenn Sie nur das Forum bieten, in das Andere etwas einstellen, wäre das etwas Anderes.“

Zuvor hatte Erwin Eisenhardt deutlich gemacht, wie sein Lebensweg ihn zum Atomwaffengegner werden ließ. Bereits die ABC-Ausbildung bei der Bundeswehr, bei der ihm als Soldaten beigebracht worden sei, sich im Atomkriegsfall hinter einer Deckung zu ducken und nach der Atomexplosion weitere Befehle zu empfangen und auszuführen, habe ihm gezeigt, in welcher Fantasiewelt die Bundeswehrausbilder lebten. Die Gestaltung von Ausstellungen über Atomkriegsfolgen und die Begegnung mit Hiroshima-Überlebenden hätten diese nuklearkritische Überzeugung gefestigt.

Erwin Eisenhardt folgerte: „Ich empfinde Atomwaffen als eine elementare Bedrohung für mich persönlich, für mein Leben und für die gesamte Menschheit.“

Und er betonte: „Einzige Garantie gegen den Einsatz von Atomwaffen ist deren vollständige Abschaffung.“ Schließlich machte er deutlich, dass es sich um ein politisches Verfahren handle: „Die Staatsanwaltschaft hat einmal mehr die falschen vor Gericht gestellt.“

Seine Mitangeklagte Marion Küpker unterstrich dies: Statt jene Regierungen vor Gericht zu stellen, die durch ihre Atomwaffenpolitik seit Jahrzehnten gegen internationales Recht verstießen, werde erneut versucht, die Friedensbewegung zu kriminalisieren. Dabei reiche bereits ein Viertel der Rüstungsausgaben zur Befriedigung der Grundbedürfnisse des hungernden und verarmten Teils der Weltbevölkerung. Mit einer sinnvollen Verwendung dieser Mittel ließen sich viele Konfliktursachen beheben und selbst der Klimawandel stoppen. „Der weit überwiegende Teil der Menschheit will keine Atomwaffen und hat ihrer Aufstellung niemals zugestimmt.“ Daher bestehe eine Verpflichtung gegenüber der Weltbevölkerung, sich für den Abbau dieser Waffen einzusetzen. Die Angeklagte appellierte an die Richterin, sich dieser Verantwortung auch vor den eigenen Kindern und Enkeln zu stellen.

Marion Küpkers Anwalt hob stark darauf ab, dass die juristischen Anforderungen für eine Verurteilung wegen Aufforderung zu einer Straftat von den oberen Gerichtsstufen sehr hoch gesteckt worden seien. Die bloße Befürwortung einer Straftat oder die Einladung zu einer Aktionswoche ohne konkrete Aufforderung zu einer eindeutig datierten Einzelaktion reiche hierfür nicht.

Das zwiespältige Urteil der Richterin wirkt rechtsstaatlich problematisch: Die Verurteilung des einen Angeklagten erfolgte auf Grund einer politischen Einstellung, der Freispruch der Anderen zwar wegen Mangels an Beweisen, wobei die Richterin an einer weiteren Aufklärung auffallend wenig Interesse zeigte. Der Mut, ein Zeichen zu setzen fehlte – vielleicht mit deswegen, weil auch die Verteidigung sich über weite Strecken der Verhandlung zu stark auf formaljuristische Detailfragen konzentrierte.

Uwe Painke ●

Statt in den Iran

RUNDREISE DURCH DIE LÄNDER
MIT NUKLEARER TEILHABE



Fotos: Global-Zero-Now - wsh/bsw

Die größte Moschee der Türkei, die Sabanci-Merkez-Moschee, in Adana.

Über 10.000 km waren wir in den letzten Monaten unterwegs für eine Welt ohne Atomwaffen. 3.200 km davon radelten wir mit unserem Tandem. Wir haben unsere Reisepläne geändert. Wir radelten nicht in den Iran, ernste Warnungen und eine stockende Vergabe des Visums gaben dafür den Ausschlag. Stattdessen besuchten wir alle Luftwaffenstandorte, auf denen die USA im Rahmen der nuklearen Teilhabe Atombomben gelagert haben.

TÜRKEI: IN DER POLITISCHEN SCHALT-ZENTRALE UND AM STATIONIERUNGORT

Unsere Rundreise im September und Oktober durch die Türkei war voller Gegensätze und Überraschungen. Wegen zu vieler großer wilder Hunde fuhren wir nicht Rad, sondern Bus und Zug.

In Ankara hatten wir Termine mit einem Abgeordneten der Regierungspartei, Salih Erdogan, und einem der Opposition, Cetin Soysal, vereinbart. Drei Anliegen hatten wir für diese Gespräche. Wir warben für einen sofortigen Verhandlungsbeginn zu einem Verbot aller Atomwaffen durch eine Nuklearwaffenkonvention. Wir baten um Unterstützung für die Forderung nach Abzug der US-Atomwaffen im Rahmen der NATO, da in der Türkei, in Incirlic, US-Atomwaffen stationiert sind. Wir luden die Abgeordneten ein, dem parlamentarischen Netzwerk für nukleare Abrüstung und Nichtverbreitung beizutreten.

Das Büro des Abgeordneten Erdogan sagte den ersten Termin ab, weil an diesem Tag die neue Legislaturperiode festlich eröffnet wird. Wegen der Vielzahl hoher Persönlichkeiten gebe es eine strikte Besuchersperre.

TREFFEN TROTZ BESUCHERVERBOTS

Für den zweiten Termin waren wir dann vereinbarungsgemäß am Besuchereingang. An der Pforte, wurden unsere Taschen kontrolliert, aber ein Beamter wollte uns nicht einlassen. Dann ging das Palaver los. Es wurde hin und her telefoniert. Zu unserem Erstaunen durften wir schließlich weiter. In einem Sitzungsraum erwartete uns der Abgeordnete Soysal. Wir haben ein offenes Ohr für unser Anliegen gefunden. Abgeordneter Soysal zeigte sich sehr engagiert, warmherzig und unterstützend. Als Brigitte ihm den Papierkranich mit der Geschichte von Sadako überreichte, las er sofort die Geschichte des an der Atombombe auf Hiroshima gestorbenen Mädchens vor und bekam Tränen in den Augen.

Zu einem späteren Zeitpunkt besuchten wir Salih Erdogan. Er empfing uns in seinem Büro, neben seinen Mitarbeiterinnen war auch der Vorsitzende der parlamentarischen Berater bei dem Gespräch dabei. Distanziert und kritisch hinterfragte er, warum unsere Reise in den Iran und nicht nach Israel gehe, das Atomwaffen besitze. Er sicherte uns zu, dass die Türkei für nukleare Abrüstung eintrete und lobte unser Engagement für den Frieden.

Wir waren mit den Gesprächen zufrieden und hoffen nun, dass es bald aus dem türkischen Parlament Mitglieder im parlamentarischen Netzwerk für nukleare Abrüstung gibt.

Unser weitestes Ziel war Adana ganz im Süden der Türkei. Im Vorort Incirlic lagern auf dem US-Militärflughafen Atombomben.

FREUNDLICHER EMPFANG

Ramazan und Jascha sind im Ortsvorstand der neugegründeten EDP (Partei für Gleichheit und Demokratie). Sie haben uns sehr gut betreut. Für sie war es unverständlich dass wir in keiner Partei sind, denn in der Türkei findet politisches Engagement fast ausschließlich über Partei statt. Gruppen wie die Friedenswerkstatt gibt es in der Türkei nicht.



„Wir haben keine genauen Informationen über die Atombomben der USA bei uns“, erklärte Jascha. Wolfgang berichtete von seinen Erfahrungen bei der UNO in New York und über die Erkenntnisse der Friedensforschung zu den stationierten Atombomben. Auf Begeisterung stieß unsere Nachricht, dass die Bundesregierung in ihrer Koalitionsvereinbarung den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland fordert. Bei türkischem Tee wurde noch lange diskutiert und der Schweiß floss in der schwülen Hitze in Strömen.

Wir besuchten von Adana den türkischen Atomwaffenstandort Incirlic. Am Ortseingang war Pressetermin. Ein Internetfernsehsender dokumentierte unseren Besuch.



Pressetermin am türkischen Atomwaffenstandort

Unsere Begleiter waren sehr vorsichtig und so umfuhren wir dann die riesige Basis mit dem Auto ohne auszusteigen. Wir sahen dabei Kasernengebäude, die uns an die Hardtkaserne erinnerten, sowie die Landebahn und Hangars wie in Büchel. Die Basis wird von der türkischen Armee bewacht. Incirlic selbst ist ein Ort mit vielen leerstehenden und verfallenden Gebäuden. In der Nähe des Flugplatzes gibt es Baumwollfelder, auf denen Tagelöhner, die mit Kleinvieh und ihren Kindern dort zur Ernte sind, in Plastikzelten hausen. Auf Gemüsefeldern entdeckten wir arme Menschen, die aufsammelten, was nach der Ernte übrig blieb.

Der Bürgermeister von Incirlic war Mitglied von Mayors for Peace. Durch eine Verwaltungsreform hat Incirlic kein eigenes Bürgermeisteramt mehr. Wir besuchten daher am Montag das Bürgermeisteramt von Sarican, zu dem Incirlic inzwischen gehört. Wir trafen den stellvertretenden Bürgermeister. Dieser sagte zu, dass er sich für die Fortsetzung der Mitgliedschaft bei Mayors for Peace einsetzen will. Danach eilten wir ins Fernsehstudio von Kanal A für eine halbstündige Livesendung über unsere Tour. Die Tageszeitung berichtete mit Foto auf Seite Eins über unseren Besuch.

ABSCHIED VON DER TÜRKEI UND UNSEREM TRAUM

Zurück in Istanbul wurden wir krank. So schwer beschäftigte uns die Frage, ob wir in den Iran weiterreisen sollen. Da wir den Autorisierungscode für das Visum nicht zum vereinbarten Zeitpunkt bekamen und wir die Bedenken nicht beiseite schieben konnten, entschieden wir uns, nicht in den Iran zu fahren.

Um Radfahren und Politik wieder unter einen Hut zu bekommen, fiel unsere Wahl auf Oberitalien: es hat keine freilaufenden Hunde, so können wir dort wieder radeln. Mit dem Bus ging es nach Griechenland und von dort mit der Fähre nach Italien.



Italienische Friedensfreunde radeln mit uns

ITALIEN: ENGAGIERTE FRIEDENSGRUPPEN UND „SINDACO DE LA PACE“

Von Venedig aus radelten wir durch Oberitalien zum Atomwaffenstandort Aviano. Von dort nach Mailand. Meist regnete es, nur am Gardasee schien die Sonne für uns. Wir



Beim Bürgermeister von Aviano

freuten uns, wieder auf unserem Tandem zu sitzen. Doch unser Radleroutfit hatte sich völlig verändert. Wir zogen unsere warmen und langen Hosen und Shirts an und darüber die Regenhose und -jacke.

Für unsere Fahne stand das italienische Symbol gegen den Irak-Krieg Pate. Wir entdeckten unterwegs immer wieder Häuser, an denen die regenbogenfarbigen „Bandiere della Pace“ flatterten. Überrascht haben uns zwei Ortsschilder, auf denen wir den Zusatz „atomwaffenfreie Zone“ lasen.

Lisa Clark, die Koordinatorin der Mayors for Peace in Italien, hatte für unsere Tour Kontakte zu Friedensgruppen in Castel Franco, Treviso und Padua hergestellt.

Drei der Bürgermeistertermine mit „Sindaco de la Pace“, die sie für uns ausgemacht hatte, fielen buchstäblich ins Wasser. Die Wolkenbrüche und Schneeschmelze führten zu katastrophalem Hochwasser, so dass ihnen die Krisensitzungen keine Zeit für uns ließen. Und auch im Protestcamp gegen die Erweiterung des Militärflughafens Vincenza trafen wir niemanden. Das Camp war überflutet worden.

EINE EINLADUNG WIEDERZUKOMMEN

Zu einem Pressetermin im Rat der Provinz Treviso wurden wir von zwei radelnden Friedensfreunden begleitet.

Der Bürgermeister von Aviano berichtete uns, dass er im August zum Hiroshima-Tag immer zu einer Gedenkveranstaltung an der Airbase einlädt, auf der die USA Atomwaffen lagern. Er freut sich, dass daran bis zu 20 Amtskollegen aus der Umgebung teilnehmen. Er lud uns ein, im nächsten Jahr dabei zu sein, wenn zu diesem Termin die italienischen Friedensgruppen radeln.

Mit dem Zug fuhren wir von Mailand über die Alpen. Im Hotel bekam Brigitte in der Nacht heftigen Schüttelfrost. Damit war das Ende unserer Radtour besiegelt. Brigitte musste sich zu Hause auskurieren.

NIEDERLANDE UND BELGIEN: BEI GRASWURZELAKTIVISTEN, LOBBYARBEITERN UND NATO-DIPLOMATEN

Im Januar waren wir nochmals drei Wochen unterwegs, wegen des Winterwetters wieder mit dem Zug.

Unser erstes Ziel war Alkmaar. Dort trafen wir uns mit Johanna, die wir vorletztes Jahr auf der Friedensradltour der DFG-VK zum deutschen Atomwaffenstandort Büchel kennen gelernt hatten. Sie organisiert für die bayrische Friedensgesellschaft für den kommenden Sommer eine Friedensradeltour über die Alpen nach Italien. Wir besprachen: Die Radtour soll international werden. Wir werden mit unserem Tandem teilnehmen und Menschen, die wir bei den Besuchen der Atomwaffenstandorte kennen lernten, zum Mitfahren einladen.

NATO – NEU ANPACKEN

In Utrecht in einem riesigen Einkaufskomplex suchten wir das Büro von Pax Christi. Zwischen Drogerie-Markt und Boutiquen entdeckten wir einen Empfangsbereich wie in einem großen Hotel, hinter dem die Friedenstaube prangte. Wir trafen uns mit Susi Snyder, deren Büro in einem Nebengebäude untergebracht ist. Sie berichtete, dass sie



Bei Johanna und Jan entwickelten wir Ideen für weitere Friedensradtouren

mit allen Länder-Missionen bei der NATO Hintergrundgespräche zu Nuklearwaffenpolitik geführt hat. Pax Christi wird einen Report veröffentlichen. Häufig wurde ihr berichtet, dass sich Deutschland sehr stark für den Abzug der US-Atomwaffen eingesetzt hat, dass Frankreich keine Veränderung möchte. Sie berichtete, dass in den verschiedenen Ländern über die nukleare Abrüstung unterschiedliche Standpunkte zwischen den Verteidigungsministerien und den Außenministerien bestehen. Vor dem nächsten NATO-Gipfel 2012 sollte die Friedensbewegung hier Lobbyarbeit betreiben. Der Ansatzpunkt hierfür ist, dass nukleare Abrüstung als Punkt im NATO-Konzept aufgenommen wurde. Die Diplomaten bei den Ländervertretungen der NATO haben bisher fast keine NGO Kontakte gehabt, sie kennen nur Demonstrationen gegen die NATO. Susi fand offene Ohren bei den Diplomaten und ermunterte uns, selbst Kontakte zu suchen.

ERFOLGREICHE EINDRINGLINGE

In Antwerpen Berchem besuchten wir Hans Lammerant, den Koordinator der belgischen Friedensaktionsgruppe „Vredensaktie“ in seinem Büro. Vredensaktie organisiert die Kampagne „Bombspotting“. Nachdem der Internationale Gerichtshof in einem Beschluss Atomwaffen für illegal erklärte, startete Vredensaktie erste Go-In Aktionen. Sie schaffte es, diese in großem Maßstab an der Atomwaffenbasis Kleine Brogl durchzuführen. Wichtig war dabei eine Gerichtsentscheidung, die Aktion als politisch einzustufen. Der Staatsanwalt müsste also Anklagen vor einem Geschworenengericht erheben. Dies tut er nicht, um einen möglichen Freispruch zu vermeiden. Deshalb werden die Aktionsteilnehmer zwar festgenommen, bekommen aber kein Strafverfahren. Schikanen bestehen nur in Beschlagnahme von Handys oder Kameras.

Einer kleinen Bombspotter-Gruppe ist es gelungen, bis zu den Atomwaffenbunkern vorzudringen und ihre Aktion zu filmen. Sie ist auf YouTube zu sehen.

In Mortsels trafen wir Bürgermeisterin Ingrid Pira, Koordinatorin der belgischen Mayors for Peace. Sie berichtete uns über das belgische Mayors for Peace-Treffen, das am 4. Januar stattgefunden hatte. Dort entstand die Idee, eine Fahne für Mayors



Im Rathaus von Mortsels

for Peace zu gestalten, damit diese an den Rathäusern gehisst werden kann.

In Ypern besuchten wir das 2020 Vision Kampagnen-Büro von Mayors for Peace. Auf den Schlachtfeldern bei Ypern wurde erstmals auf der Welt Giftgas eingesetzt.

Beim Rundgang durch das Rathaus mit dem Stadtsekretär a.D. Jan Kelchtermans erzählte dieser uns von einer Reise in den Iran. Die iranische Regierung hatte Vertreter von Orten mit Chemiewaffeneinsätzen aus Belgien, Vietnam und dem Irak eingeladen. Es gab eine gemeinsame Ausstellung in Teheran. Dabei kam es zu einer Begegnung mit Ahmadinedschad. Er erlebte ihn als „freundlichen, intelligenten Mann“.

IM NATO-HAUPTQUARTIER

Zu zwei Terminen waren wir im NATO-Hauptquartier in Brüssel verabredet. Wir trafen einen Mitarbeiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland und einen Mitarbeiter des „Internationalen Staffs“ der NATO. Mit beiden sprachen wir über die nukleare Teilhabe und das neue strategische Konzept. Anders als bei den bisherigen Empfängen und Gesprächen, gibt es

kein Foto und auch keine Namensnennung unserer Gesprächspartner. Dennoch ist die NATO ein Feld für zukünftige Lobbyarbeit. Wir erlebten trotz gegensätzlicher Standpunkte eine offene Gesprächsatmosphäre. Erfreut haben wir festgestellt, dass die deutschen Diplomaten tatsächlich engagiert für den Abzug der Atomwaffen eintreten. Doch an der nuklearen Abschreckung wird in der NATO festgehalten. Die Go-In Aktionen der Belgier haben in der NATO-Zentrale Beachtung gefunden und Diskussionsprozesse ausgelöst bzw. unterstützt.

AN DEN STATIONIERUNGORTEN

Im belgischen Peer trafen wir Bürgermeister Theo Kelchtermans. Er berichtete uns, dass der Stadtrat die Mitgliedschaft bei Mayors for Peace unterstützt. Auf dem Fliegerhorst Kleine Brogl gibt es 1.600 Arbeitsplätze. Aber die Bevölkerung differenziert zwischen Erhalt der Arbeitsplätze und den Atomwaffen. Selbst der Commodore hat sich gegen Atomwaffen ausgesprochen. Im März veranstaltet die Stadt eine Diskussionsveranstaltung mit dem ehemaligen NATO-Generalsekretär Willy Claes, der sich für den Abzug der Atomwaffen ausspricht.

Unsere letzte Station war Volk. Wir wurden dort von dem Friedensaktivisten Theo van den Heuvel empfangen. Mit anderen hat er beim Fliegerhorst ein Waldstück gekauft. Er will dort ein Friedensdenkmal errichten und später selbst begraben werden. Wir pflanzten einen Baum beim vorgesehenen Denkmalplatz. Anders als in Belgien, gibt es in Volk keine großen Aktionen. In Uden trafen wir Bürgermeister Henk Hellegers. Er hat keine Unterstützung des Gemeinderates und tut sich nach unserem Eindruck schwer, aktiv als Mayor for Peace aufzutreten.

Jetzt sind wir wieder zu Hause. Wolfgang Sabbatjahr ist zu Ende, aber wir machen auch schon Pläne, wie wir unsere Kontakte und Erfahrungen für die weitere Friedensarbeit nutzen werden.

**Wolfgang Schlupp-Hauck
und Brigitte Schlupp-Wick ●**

Deutliche Worte von „Elder Statesmen“

Zu einem ungewöhnlichen Schritt hat sich eine Gruppe ehemaliger europäischer Staatsoberhäupter und anderer wichtiger Politiker entschlossen. In einem Brief an die EU rufen Helmut Schmid, Javier Solana, Richard von Weizsäcker, Felipe Gonzalez, Romano Prodi, Mary Robinson u.a. zu einer radikalen Kurskorrektur im Umgang mit Israel auf. „Glaubwürdigkeit und Geld der EU stehen auf dem Spiel“ heißt es darin.

Israel soll wie jedes andere Land behandelt werden. „Die EU macht seit Jahrzehnten unmissverständlich klar, dass sie die Siedlungen in den besetzten Gebieten als illegal erachtet, doch Israel baut sie weiter.“ Dabei ignoriert Israel die Resolutionen der UNO, ohne dass es zur Verantwortung gezogen wird. Die EU soll die Einfuhr von Produkten unterbinden, die aus den israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten stammen, aber als israelisch ausgewiesen werden. „Wir erachten es als schlichtweg unerklärlich, dass solche Produkte in den Genuss bevorzugter Handelsabkommen zwischen der EU und Israel kommen....Die Glaubwürdigkeit der EU steht auf dem Spiel“ heißt es in dem Brief weiter. Außerdem seien weitere Investitionen der EU in den Aufbau einer Zwei-Staaten-Lösung wertlos ohne Fortschritte in den Friedensverhandlungen.

Deren Zukunft betrifft die vermutlich schärfste Drohung der Autoren. Der Europäische Rat solle bis zu einem bestimmten Zeitpunkt die Entwicklungen im Friedensprozess beurteilen. Seien bis dahin keine Fortschritte erzielt, „hat der Rat keine andere Wahl, als die Gelegenheit an die internationale Gemeinschaft weiterzuleiten.“ Das bedeutet, die UNO soll entscheiden, was mit den besetzten Gebieten passiert. Dann hätte Israel anders als in direkten Gesprächen mit den Palästinensern nur noch geringen Einfluss auf die Gestaltung einer Zwei-Staaten-Lösung, zumal auch ein Veto der USA im Sicherheitsrat zu Gunsten Israels nicht mehr sicher ist. Nicht mit Anreizen, wie es die USA zuletzt versuchten, sondern mit Strafen soll Israel also zum Einlenken bewegt werden.

Quelle: www.20min.ch

Zurück mit neuen Ideen

Über 10.000 km waren wir unterwegs für eine Welt ohne Atomwaffen. Über 3.000 davon sind wir mit unserem Tandem geradelt. Unsere Tour war voll von schönen Begegnungen und hat uns viele Anregungen für die weitere politische Arbeit gegeben. Mit zwei Einladungen und neuen Aktionsideen sind wir zurückgekehrt. Aus ihnen haben wir einen Aktionsplan für die nächsten Jahre entworfen.

Der Bürgermeister von Aviano lud uns ein, zum 6. August zum Hiroshima-Gedenken an den dortigen Atomwaffenstandort zu kommen. Beim Bürgermeisterempfang in Sarıyer bei Istanbul wurden wir eingeladen, zum großen Friedensfest des Stadtteils am 1. September wiederzukommen und über unsere Reise zu berichten.

Wir lernten unterwegs die verschiedensten Menschen kennen, die sich für eine Welt ohne Atomwaffen einsetzen. In der Türkei gibt es keine Friedensgruppen wie bei uns. Das politische Engagement findet fast ausschließlich über Parteien und Gewerkschaften seinen Ausdruck. In Italien gibt es kleine aktive Friedensgruppen. Dort sind die Sindaco della Pace (Mayors for Peace) sehr engagiert bei Aktionen am Atomwaffenstandort Aviano. In den Niederlanden wird auf der Ebene von Lobbyarbeit von Pax Christi intensiv gearbeitet. In Belgien ist der Widerstand gegen Atomwaffen mit den Bombspotters am aktivsten.

Wir wollen die Kontakte, die wir geschlossen haben, weiter pflegen und die Zusammenarbeit intensivieren. Dafür wollen wir folgende Aktionen anstreben, bei denen Teilnehmer und Teilnehmerinnen aus allen Ländern mit nuklearer Teilhabe dabei sein sollen:

- 2011** Eine Radtour nach Aviano zum dortigen Atomwaffenstandort.
- 2012** Eine Tagung mit Mayors for Peace und PNND (Parliamentarian Network for Nuclear Disarmament) in Stuttgart und eine Aktion am EUCOM
- 2013** Eine Radtour in der Türkei zum Atomwaffenstandort Incirlic.
- 2014** Eine Radtour Büchel – Kleine Brogl – Volkl.
- 2015** Aktionstage in den Ländern und eine Internationale Delegation zur Überprüfungskonferenz des nuklearen Nichtverbreitungsvertrages.

Wir bieten an, bei Ihnen über unsere Tour zu berichten. Die Vorträge sollen auch zur Mobilisierung und zur Finanzierung unserer weiteren Pläne beitragen. Wir würden uns freuen, wenn sie sich bei uns melden (Kontakt Daten: siehe unten).



Foto: DFG-VK 2009

Vom 30. 7. bis 6. 8. plant die DFG-VK Bayern eine Friedensradltour von München nach Italien. Vom 6. 8. – 9. 8. lädt die italienische Gruppe „Beati i Costruttori di Pace“ zu einer Radtour „Pace in bici“ ein. Beide Touren sind so ausgelegt, dass keine sportlichen Höchstleistungen nötig sind. Wir wollen an beiden Touren teilnehmen und würden uns über Mitradler und Mitradlerinnen freuen.

Wolfgang Schlupp-Hauck, Brigitte Schlupp-Wick | info@global-zero-now.de | Tel: (0 71 71) 18 20 41

Ehrlich verhandeln statt sabotieren und morden



Geht es wirklich um diese Atomanlagen?

Auf der einen Seite wird mit dem Iran verhandelt. Auf der anderen Seite wird er angegriffen mit Computerviren und Mordanschlägen. Wer das sieht, dem kommt der Begriff „Low Intensity Warfare“ in den Sinn.

Im Unterschied zu einem offenen Krieg weist die „Kriegsführung mit niedriger Intensität“ wichtige Vorteile auf. Die Kosten sind niedriger und das politische Risiko deutlich geringer. Die verdeckt arbeitenden Spezialeinheiten oder lokal angeworbene Agenten erregen wenig mediale Aufmerksamkeit.

Im Herbst wurden Nachrichten über den Computervirus Stuxnet bekannt. Damit sollen im Iran bis zu 1000 Uran-Zentrifugen zerstört worden sein. Der Iran beschuldigte Israel und die USA, hinter den Computerangriffen zu stehen. Dies wird in einem Bericht der New York Times bestätigt. „Um den Wurm zu testen, muss man die Maschinen kennen“, zitiert die „New York Times“ einen US-Atomexperten. „Dass der Wurm so wirkungsvoll war, lag daran, dass die Israelis ihn ausprobiert haben.“ Stuxnet soll in der streng abgeriegelten Atomanlage Dimona in der israelischen Negev-Wüste getestet worden sein, indem dort die gleichen Zentrifugen wie im iranischen Natans aufgebaut wurden.

An der Entwicklung des Wurms war dem Bericht zufolge unwissentlich auch der deutsche Siemens-Konzern beteiligt. Ein Labor des US-Energieministeriums in Idaho habe Anfang 2008 mit Siemens zusammengearbeitet, um Schwächen an dessen Computerreglern zu identifizieren. Solche Regler von Siemens seien auch dem Iran für die Atomanlage Natans verkauft worden. Es seien so gut versteckte „Löcher“ in dem Siemens-System gefunden worden, die von Stuxnet zum Angriff genutzt wurden.

Doch Computersabotage ist nicht geheimdienstliche Operationsebene. Im November wurden auf zwei iranische Nuklearwissenschaftler Bombenanschläge verübt. Professor Maschid Schahriari starb.

Fereydoun Abbasi wurde verletzt. Die iranischen Nachrichtenagenturen ISNA und Fars machten „Agenten der USA und Israels“ für den Mord verantwortlich. Der Teheraner Polizeichef bestätigte Berichte, nach denen zwei Attentäter, die auf Motorrädern unterwegs waren, die Sprengsätze wahrscheinlich mit Magneten an den Autos der beiden Wissenschaftler befestigt hatten.

Das waren nicht die ersten Mordanschläge auf iranische Atomwissenschaftler. Bereits im Januar war in Teheran ein Nuklearwissenschaftler ermordet worden.

Zieht man diese Tatsachen und die Drohungen von Militärschlägen gegen seine Atomanlagen in Betracht, so wird verständlich, dass der Iran Vorsicht walten lässt bei der Inspektion seiner Atomanlagen. Denn die dabei gewonnenen Erkenntnisse können zu weiteren Sabotageakten genutzt werden.

Sinnvoller als diese destruktive, gewalttätige Strategie fortzusetzen wäre es, den Impuls der Überprüfungskonferenz des nuklearen Nichtverbreitungsvertrages aufzugreifen und ernsthaft an der Umsetzung des Beschlusses zu arbeiten, im Jahr 2012 eine Konferenz über einen nuklearwaffenfreien Nahen Osten abzuhalten. Der Doppelstandard der Akzeptanz israelischer Atomwaffen einerseits und der Ablehnung des iranischen Atomprogramms andererseits müsste dafür aufgegeben werden.

In der Friedensbewegung sind Bemühungen im Gang, positive Entwicklungen in dieser Richtung zu unterstützen. Es gibt zwei parallele Ideen: ein NGO-Gipfel, der zeitgleich zu der Konferenz der Regierungen stattfinden soll, und eine thematisch breiter gefasste „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen und Mittleren Osten“ analog zur seinerzeitigen KSZE für Europa. Über diese hoffnungsvollen Bemühungen werden wir im nächsten FreiRaum berichten.

Wolfgang Schlupp-Hauck ●

Ossietzky-Medaille für Mordechai Vanunu

Am 12. Dezember wurde der israelische Friedensaktivist Mordechai Vanunu in seiner Abwesenheit mit der Carl-von-Ossietzky-Medaille ausgezeichnet. Diese Auszeichnung wird alljährlich von der Internationalen Liga für Menschenrechte zu Ehren des Antifaschisten Carl von Ossietzky verliehen, der 1938 an den Folgen seiner KZ-Haft starb. Vanunu hatte die Öffentlichkeit 1985 auf das israelische Atom-



waffenprogramm aufmerksam gemacht. Dafür wurde er in Israel mit einer Gefängnisstrafe von 18 Jahren bestraft, davon 11 Jahre in völliger Isolation.

Nach wie vor werden Vanunu grundlegende Menschenrechte wie Bewegungs-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit vorenthalten und er darf weder Handy noch E-Mail-Kontakte unterhalten. „Wir gratulieren Mordechai Vanunu zu seiner Zivilcourage, für die er die Ossietzky-Medaille erhalten hat. Die Bundesregierung muss



Negev-Atomforschungszentrum

Mordechai Vanunus Verdienst um den Frieden anerkennen und sich gegenüber der israelischen Regierung dafür einsetzen, dass er seine vollen Bürgerrechte unverzüglich zurück erhält und aus Israel ausreisen darf!“, fordert Inge Höger, abrüstungspolitische Sprecherin der Linksfraktion. Eine Ausreise wird Vanunu mit der absurden Begründung verweigert, das stelle eine Gefahr für Israel dar. Jedoch nicht Vanunu, sondern das Atomwaffenarsenal Israels gefährdet Israel und die ganze Region!

Lotte Rodi ●

Wir gratulieren – Friedenspreis für ORL

Mit der Ökumenischen Aktion „Ohne Rüstung Leben“ verbindet uns sehr viel. Der Initiator Werner Dierlamm war Mitglied des Vorstandes der Friedens- und Begegnungsstätte Mutlangen e.V. und organisierte



in Mutlangen Friedensgebete und Ökumenische Prozessionen gegen die Atomraketen. Mit dem Geschäftsführer Paul Rußmann besteht eine enge Zusammenarbeit in der Kampagne „unsere zukunftsatomwaffenfrei.“

Wir freuen uns, dass der Göttinger Friedenspreis 2011 zu gleichen Teilen an „Ohne Rüstung Leben“ (ORL) und an die Arbeitsgruppe Rüstungsexporte der „Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung“ (GKKE) geht.

ORL will Krieg verhindern, Gewalt reduzieren und Frieden schaffen. Impuls für die Gründung von "Ohne Rüstung Leben" war ein Appell der Weltkirchenkonferenz 1975 in Nairobi: „Die Kirche sollte ihre Bereitschaft betonen, ohne den Schutz von Waffen zu leben und bedeutsame Initiativen ergreifen, um auf eine wirksame Abrüstung zu drängen.“ Mit Dialog und Protest, Aktion und Lobbyarbeit engagiert sich ORL gegen Rüstungsexporte und Kleinwaffen, für eine atomwaffenfreie Welt und für den Ausbau des Zivilen Friedensdienstes.

Wolfgang Schlupp-Hauck ●



Abrüstungsschritt – Abrüstungshindernisse



Foto: MSC Sebastian Zvez

Bei der Münchner Sicherheitskonferenz tauschten die US-Außenministerin Hillary Clinton und der russische Außenminister Sergey Lavrov die Ratifizierungsurkunden für den neuen START-Vertrag aus. Er tritt damit in Kraft. In den nächsten sieben Jahren wird die Zahl der Atomsprengköpfe auf je 1550 verringert.

Der von der NATO vereinbarte Aufbau einer Raketenabwehr und die nukleare Teilhabe sind Hindernisse für weitere Abrüstungsschritte. Bei der Sicherheitskonferenz machten die russischen Vertreter deutlich, dass sie bei der Raketenabwehr Zusammenarbeit erwarten und nicht durch die NATO vor vollendete Tatsachen gestellt werden wollen.

Über die taktischen Atomwaffen gab es bisher noch keinerlei Abrüstungsverhandlungen. Für Russland ist Vorbedingung, dass die USA die Sprengköpfe auf ihrem eigenen Territorium lagern. Die US-Atomwaffen in Europa müssten also zuerst abgezogen werden. Russland will nicht nur bilateral verhandeln, sondern es sollen auch entsprechende Systeme aller Industrie- und Schwellenländer einbezogen werden.

Unser Ziel bleibt: Atomwaffenfrei

In der Koalitionsvereinbarung ist die Forderung nach Abzug der Atomwaffen aus Deutschland vereinbart. Bei der NATO bemühten sich deutsche Diplomaten um einen Konsens über das Ende der nuklearen Teilhabe. Im Dezember diskutierte der Kampagnenrat des Trägerkreises „Atomwaffen abschaffen - bei uns anfangen“ über seine nächsten Schritte.

Der Kampagnenrat sieht die Notwendigkeit einer Nuklearwaffenkonvention, um das wachsende Risiko, das von Atomwaffenherstellung und Lagerung ausgeht, zu bannen. Wir werden eine neue Kampagne entwickeln, um die Konvention weiter ins Gespräch zu bringen. Gemeinsam mit europäischen KollegInnen sollen Strategien entwickelt werden, wie ein Ende der nuklearen Teilhabe realisiert werden kann. Für den Kampagnenrat ist klar: Wir werden weiter Druck machen, damit ein atomwaffenfreies Deutschland nicht nur ein hehres Ziel bleibt, sondern schnell Realität wird. Konkrete Aktionen und Ziele werden in den nächsten Versammlungen diskutiert.

Für 2011 stehen zwei Aktionsschritte im Vordergrund:

- 1.) Wir werden die Bundestagsabgeordneten in Gesprächen und mit einer Briefaktion an ihren Beschluss zur Beendigung der nuklearen Teilhabe erinnern. Dieser jährt sich am 26. März zum ersten Mal. Sie sollen merken, dass wir ihren guten Ansatz nicht vergessen haben und dass wir seine aktive Umsetzung erwarten.
- 2.) Unser Augenmerk muss auf der Aufklärung der Menschen liegen. Es ist nötig, deutlich herauszuarbeiten, dass zivile Nutzung und die Gefahr, die von Nuklearwaffen ausgeht, eng zusammenhängen. Die „friedliche“ Nutzung der Atomkraft verantwortet eine weite Verbreitung waffenfähiger Materialien. Plutonium kommt in der Natur nicht vor. Es wird gewonnen bei der Wiederaufbereitung des Atom Mülls und war die Basis der Atomwaffe, die Nagasaki zerstörte und verstrahlte.

Jedes Kilowatt Atomstrom, das wir als VerbraucherInnen noch kaufen, vergrößert nicht nur das ungelöste Problem der Endlagerung, sondern unterstützt auch die Gefahr der Herstellung der völkerrechtswidrigen, nuklearen Massenvernichtungswaffen.

Hier hat jeder die Möglichkeit, sich durch den Wechsel des Stromanbieters klar für eine friedlichere Welt zu positionieren.

Hermann Scheer, Wegbereiter für die Energierevolution



Foto: Bundestagsbüro Hermann Scheer

Wir sind tief betroffen und traurig über den Tod von Hermann Scheer. Wie kaum ein anderer war er Urdemokrat und Weltbürger, der für seine Visionen, die einer Welt ohne atomare Bedrohung, lebte und kämpfte. Er war Pionier und Wegbereiter für erneuerbare Energien und erhielt dafür 1999 den alternativen Nobelpreis.

Mit Wissen und Sachverstand hat Hermann Scheer bewiesen, dass eine Energiewende in kurzer Zeit möglich ist und setzte sich auf nationaler und internationaler Ebene für einen Wechsel ein weg von atomarer und fossiler Energie hin zu erneuerbarer Energie. Zusammen mit seiner Frau Irm Pontenagel gründete er 1988 EUROSOLAR, die Vereinigung für Erneuerbare Energien in Europa. Er war Vorsitzender des Weltrats für Erneuerbare Energien WCRE.

Seinem Einsatz ist es zu verdanken, dass Anfang 2009 die internationale Agentur für Erneuerbare Energien IRENA gegründet wurde. Inzwischen sind dort 136 Länder beigetreten.

Er war treibende Kraft für das Einspeisegesetz in Deutschland für regenerativ erzeugten Strom. Dieses Gesetz wurde für viele Länder zum Vorbild und führte überall, wo es übernommen wurde, zu einem rasanten Anstieg von Windkraft-, Biogas- und Fotovoltaikanlagen. Dass wir inzwischen über 17 Prozent Ökostrom produzieren, dass allein die Fotovoltaikanlagen an einem sonnigen Tag die Leistung aller deutschen Atomkraftwerke übertreffen – all dies wäre ohne Hermann Scheer nicht möglich gewesen.

Sein Engagement für eine zukunftsfähige Energieversorgung verstand er immer auch als Friedenspolitik. Er analysierte die Energiefrage als die fast immer ausschlaggebende Komponente dafür, welche schrecklichen Kriege auf uns zukommen, wenn die Abhängigkeit vom Zugang zu den schwindenden fossilen Ressourcen nicht rasch und weltweit überwunden wird. Eine seiner Aufgaben sah Hermann Scheer im

Aufbau einer humaneren Gesellschaft. Er war Gründungsmitglied und Kuratoriums-sprecher des Instituts Solidarische Moderne, das Alternativen zum herrschenden Neoliberalismus erarbeitet.

Wie kein anderer verstand er es, Politik unters Volk zu bringen. Besonders in unserer Region kennen wir Hermann Scheer von seinen zahlreichen Remstal – Foren mit stets interessanten und hochaktuellen Themen. Hier, in seinem Wahlkreis, hatte er eine treue Anhängerschaft, die diese Foren schmerzlich vermisst.

Wir von der Pressehütte Mutlangen haben Hermann Scheer von den Zeiten der Pershing – Stationierung in Erinnerung. Den zivilen Ungehorsam sah er nicht als eine für ihn persönlich geeignete Aktionsform an. Aber er unterstützte uns mit seiner Anwesenheit, seinem Rat, seiner politischen Kraft. Jüngst erst übernahm er die Schirmherrschaft für Brigittes und Wolfgangs Tandemtour für eine atomwaffenfreie Welt!

Hermann Scheer stand zu seinen Überzeugungen, das hat ihm in der deutschen Politik nicht immer Freunde gebracht. Gegen seine Visionen standen und stehen hier im Lande eine mächtige Atomlobby und Politiker, denen Parteikarriere wichtiger ist als unsere Zukunft.

Seine Anerkennung bekam er vielmehr im Ausland, hier wurden seine Ideen dankbar aufgenommen und weiterverfolgt. So war er in vielen Ländern als Vorsitzender des Weltrats für erneuerbare Energie ein wichtiger Berater, in China ebenso wie in Kalifornien, dort war er ein Superheld. Unsere großen Medien haben ihn sowie seine Arbeit zum großen Teil totgeschwiegen

Uns bleibt, Hermann Scheer mit seinem Engagement für eine Welt ohne atomare Gefahren in dankbarer Erinnerung zu behalten, an seinen Ideen festzuhalten und für sein Lebenswerk weiter zu kämpfen: weg von der atomaren Technologie und damit auch hin zu einer Welt ohne Atomwaffen.

Christa Schmaus ●

Zum Gedenken an Heidi Schimpf

Wenn die Verstorbenen in der jenseitigen Welt mitbekommen, was wir Erdenkinder anstellen, dann freut sich dort Heidi Schimpf aus vollem Herzen über die gewaltlose Widerstandsbewegung gegen „Stuttgart 21“. In Mutlangen, gegen EUCOM – und viel früher bei den Ostermärschen war sie immer dabei. Am 1. September 2010 ist Heidi Schimpf im 89. Lebensjahr verstorben.

Heidi übersetzte als junge Dolmetscherin noch für Hitlers Wehrmacht in Paris. Doch schon kurz nach Kriegsende war für die Missionarstochter aus Fellbach und dann auch für den 1999 verstorbenen Ehemann Georg klar, dass sie entschiedene Pazifisten sein müssen. Sie fanden im Versöhnungsbund ihre spirituell-politische Heimat. Heidi und Georg haben wir unzählige Übersetzungen zu verdanken, nicht nur Texte, auch Bücher.



Foto: Familie Schimpf

Versöhnungsbundgruppen trafen sich unzählige Male bei ihr und tagten im pittoresken, efeu-umrankten Haus in Untertürkheim. Besucher kamen aus aller Herren Länder und oft standen die eigenen Produkte aus dem liebevoll gehegten Garten auf dem Tisch. Und als Zugabe auch die Themen der Übersetzungen, an denen sie mit ihrem Mann arbeitete.

Zum Beispiel das ergreifende Buch „Die Geschichte des Dorfes Le Chambon und wie dort Gutes geschah“ über die Rettung der Juden durch die reformierte Gemeinde des Pfarrers André Trocmé im 2. Weltkrieg.

In den letzten Jahren, die Heidi nach dem Tod von Georg in liebevoller privater Pflege am Bodensee verbrachte, ermüdete ihr Gedächtnis, doch alles „von früher“ blieb lange komplett präsent. Und auch für alle, die Heidi kannten, wird die kleine, entschiedene, unglaublich fleißige und engagierte Pazifistin nicht so schnell vergessen sein.

Heinz Rothenpieler ●
Internationaler Versöhnungsbund

Impressum

FreiRaum.

Für eine Welt ohne
Atom- und Uranwaffen.
Für die friedliche Nutzung
des Weltraums.

Erscheint vierteljährlich

Auflage: 1200

Herausgeber:

Pressehütte Mutlangen
Friedens- und Begegnungsstätte
Mutlangen e.V.
Forststraße 3
73557 Mutlangen
Tel./Fax 0 71 71 - 75 66 1
www.pressehuette.de
post@pressehuette.de

Einzelheft: Euro 3.-€ plus Porto

Jahresabonnement:
Euro 12.-€

Für Mitglieder der Friedens- und
Begegnungsstätte Mutlangen e.V. und
der Friedenswerkstatt Mutlangen e.V.
ist der Bezug im Mitglieds-
beitrag enthalten.

Bankverbindungen:

nur für Abo-Gebühren:
Friedens- und Begegnungsstätte –
FreiRaum
Raiffeisenbank Mutlangen
BLZ 613 619 75, Konto: 55628010

für steuerabzugsfähige Spenden:
Friedenswerkstatt Mutlangen e.V.
Kreissparkasse Ostalb
BLZ 614 500 50, Konto: 800268499
Stichwort: Spende FreiRaum
Bitte vollständige Adresse angeben!

Redaktion:

V.i.S.d.P.
Wolfgang Schlupp-Hauck (wsh)
Tel. 0 71 71 - 18 20 58
e-Mail: redaktion@pressehuette.de

Namentlich gekennzeichnete
Beiträge geben nicht unbedingt
die Meinung der Redaktion wieder.

Satz und Layout:

Michael Heidinger Graphic Design
www.michael-heidinger.com

Druck:

UWS-Druck und Papier GmbH
70184 Stuttgart,
Telefon (07 11) 46 30 05
mail@uws-druck.de

Termine

23. – 25. April: Ostermärsche

26. April: 25. Jahrestag der Katastrophe von Tschernobyl

Die Friedenswerkstatt veranstaltet aus diesem Anlass zusammen mit der Volkshochschule am 4. Mai einen Vortrag von Dr. Jörg Schmid, IPPNW Stuttgart. Zugleich ist Eröffnung der Ausstellung „Tschernobyl – verseuchtes und verlassenes Land“ mit Bildern der ukrainischen Fotografin Elena Filatowa (bis 27. 5.). Die Ausstellung, bestehend aus 16 Fototafeln, wurde von der BI Umweltschutz Staufen konzipiert und kann umsonst ausgeliehen werden, nur der Transport muss bezahlt werden (30 € oder Abholung).

Näheres bei Edeltraud und Christof Schill, Tel. (0 70 31) 60 27 00

Wir rufen alle LeserInnen auf, selbst eine Aktion zu machen oder eine Veranstaltung zu organisieren, möglichst in Kooperation mit anderen Organisationen!

Wir brauchen Ihre Unterstützung!



Im Namen von Vorstand und MitarbeiterInnen danken wir allen, die uns im letzten Jahr mit Geldspenden oder durch ihr Engagement unterstützt haben. Ohne diese Hilfe wäre unsere Friedensarbeit und die Herausgabe des FreiRaum nicht möglich. Doch die finanzielle Situation ist sehr angespannt, natürlich auch wegen der Sonderausgaben für das Freiwillige Soziale Jahr.

Wir bitten daher alle, die den FreiRaum bisher unentgeltlich bekommen haben, zu prüfen, ob ihnen die Zahlung des Abopreises von 12 € auf das Konto der Friedens- und Begegnungsstätte möglich wäre (s. Impressum). Großzügigere Zuwendungen erbitten wir wegen der dort möglichen Spendenquittung an die Friedenswerkstatt, die sich übrigens auch über neue Mitglieder freut (Jahresbeitrag 30 €)!

Lotte Rodi ●

